

Pedrazzini versucht zu beschwichtigen

Gesundheitspolitik Aufgrund der Kritik am Abkommen mit der Schweiz betreffend die gegenseitige Übernahme der Kosten für ambulante OKP-Leistungen hat Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini allen Landtagsabgeordneten einen Brief zukommen lassen.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Es ist eher ungewöhnlich, dass ein Regierungsmitglied den Landtagsabgeordneten eine Woche vor der Sitzung einen Brief zu einem Traktandum zukommen lässt. Doch für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini steht einiges auf dem Spiel. Sollte der Landtag am nächsten Mittwoch das von ihm ausgehandelte «Abkommen vom 21. August 2017 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die gegenseitige Übernahme der Kosten für ambulante Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung» ablehnen, wäre dies politisch fatal für ihn. Sein selbst verkündeter Verhandlungserfolg würde sich ins Gegenteil umkehren und er müsste einen Canossagang nach Bern machen, um Bundesrat Alain Berset mitzuteilen, dass er das Abkommen nicht durch «sein» Parlament brachte.

Kritik kommt von mehreren Seiten

Die Befürchtung, dass es das Abkommen im Landtag schwer haben könnte, ist nicht ganz unbegründet. So haben sich – in einer ungewohnten Einigkeit – der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) und die Liechtensteinische Ärztekammer ab-

lehrend dazu geäußert. Und nebst kritischen Worten des VU-Parteipräsidenten Günther Fritz gabes vom FDP-Abgeordneten Johannes Kaiser sogar aus den eigenen Reihen ungewöhnlich klare Worte. Alle kritisieren am Abkommen, dass die Leistungserbringer aus Liechtensteinschlechter behandelt werden als die Schweizer. Da mit dem Abkommen jeder liechtensteinische OKP-Versicherte in der Schweiz freie Arztwahl hätte, in Liechtenstein aber weiterhin nur einen Arzt mit OKP-Vertrag aufsuchen könnte, werde die Bedarfsplanung ad absurdum geführt. Mit diesem Schritt würden «Anreize für Ärzte geschaffen, sich im Rheintal und nicht in Liechtenstein niederzulassen», erklärte etwa der LKV. Und die Ärztekammer forderte die Abgeordneten direkt auf, «das Abkommen in der vorliegenden Fassung abzulehnen und dahingehend nachzuverhandeln, dass gleich lange Spiesse für beide Seiten des Rheins geschaffen werden und der Leistungsexport nicht übermässig befeuert wird.»

Steuerung der Ärztedichte für beide Länder wichtig

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini begründete seinen Brief damit, dass er einige Aspekte im Bericht und Antrag «offenbar nicht in der nötigen Deutlichkeit»



Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini ist der Meinung, dass die Auswirkungen des Abkommens überschaubar sind. Bild: ds, Archiv

angesprochen habe. Bei der Erarbeitung des Abkommens sei davon ausgegangen worden, dass jedes Land seine Ärztedichte selbst steuert. Die Steuerung der Ärztedichte sei sowohl in der Schweiz als auch in Liechtenstein ein viel diskutiertes Anliegen. «Die in Presseberichten implizit getätigte Aussage, dass es in der Schweiz keine Beschränkung bezüglich der Leistungserbringer

gäbe, entspricht nicht den Tatsachen. In der Schweiz besteht eine gesetzliche Regelung», schreibt der Regierungsrat. Jeder Kanton hat in der Schweiz das Recht, die Zulassung von Ärzten zu beschränken. Nur wird dies sehr unterschiedlich gehandhabt. Sogibt auch Mauro Pedrazzini zu: «Im Grenzgebiet zu Liechtenstein herrscht derzeit auf Schweizer Seite keine Überversorgung, so-

dass diese Zulassungsbeschränkungen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft in aller Regel nicht zur Anwendung gelangen.»

Das Abkommen stehe für ihn aber nicht «im Widerspruch zur Bedarfsplanung», sondern es beruhe darauf, dass jeder Vertragspartner im eigenen Interesse die Ärztedichte kontrolliere. Auch die Schweiz befasse sich mit möglichen Zulassungsbeschränkungen auf nationaler Ebene. «Auch in Liechtenstein wird die Bedarfsplanung immer wieder kritisiert. Sie ist zugegebenermassen ein schwieriges Instrument. Durch die KVG-Revision wurden aber einige Verbesserungen eingeleitet, von denen einige erst am 1.1.2018 wirksam werden. Es wird sich in den kommenden Jahren weisen, wie das Gesetz greift. Gegebenenfalls werden wir uns weitere gesetzliche Änderungen überlegen müssen. In einem offenen Markt für die ambulante medizinische Versorgung, wie er durch das Abkommen geschaffen würde, sind die Möglichkeiten aber meines Erachtens grösser als in einem geschlossenen Markt», schreibt Pedrazzini weiter.

Minister glaubt nicht an «massenhafte Verlagerung»

Der Gesundheitsminister glaubt nicht, dass mit diesem Abkommen Anreize für Nicht-OKP-Ärzte aus Liechtenstein geschaffen

würden, mit ihrer Praxis über den Rhein zu zügel. Seine Begründung: «Heute herrscht in einigen Fachgebieten ein Mangel an Ärzten in der benachbarten Schweiz. Dennoch finden sich offenbar kaum Ärzte aus Liechtenstein, die dadurch motiviert sind, ihre Praxis in die Schweiz zu verlegen. Eine Verlegung der Praxis hätte zudem auch steuerliche Konsequenzen, da die Ärzte als «freie Berufe» am Ort der Praxis besteuert werden. Das Szenario einer massenhaften Verlagerung von Ärzten ohne OKP-Vertrag von Liechtenstein in die Schweiz ist aus diesen Gründen meines Erachtens äusserst unwahrscheinlich.»

Das Abkommen schaffe offene Grenzen im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung und eröffne neue Gestaltungsmöglichkeiten. «Ich bin überzeugt, dass unser Land von offenen Grenzen profitieren wird und sehe mittel- und langfristig weit mehr Chancen als Risiken. Kurzfristig mögen sich im Zuge der Einstellung eines neuen Gleichgewichts einige Veränderungen ergeben, die Auswirkungen sind meines Erachtens aber überschaubar», so Regierungsrat Pedrazzini. Wie der Landtag dies sieht, ist noch unklar. Sicher ist nur, dass pünktlich zum Start des Advents das Gesundheitswesen wieder im Mittelpunkt steht.

Bizarres schockiert Kinder und Eltern

«Elsagate» Ein verstörender Trend erschüttert das Netz: Auf YouTube und dessen kindersicheren Kanälen sind Tausende Videos aufgetaucht, in denen es um Gewalt und sexuelle Anspielungen gegen Kinder und bekannte Comicfiguren wie Disneys Elsa geht.

Bianca Cortese
bcortese@medienhaus.li

Spiderman pinkelt in eine Badewanne. In der Wanne sitzt Elsa, die Eiskönigin aus dem Disney-Film «Frozen – Die Eiskönigin». Sie reißt den Mund auf und starrt auf den gelben Strahl. Sie ist entsetzt. In einem anderen Video ist Schweinchen «Peppa Wutz» zu sehen, wie es Bleichmittel trinkt oder von einem furchteinflössenden Zahnarzt und einer Vielzahl von Geräten gefoltert wird. In der Zeichentrickserie «Paw Patrol – Die Retter auf vier Pfoten» sterben plötzlich Charaktere. Micky Maus wird von einem Auto angefahren und liegt blutüberströmt auf der Strasse. Die Produzenten dieser Beiträge sind unbekannt, Kinder schockiert und Eltern entsetzt.

Weltweit mehr als elf Millionen User

Einer der Ersten, der auf die sinnlosen, brutalen und teils gewaltverherrlichenden Videos und deren verstörendem Inhalt aufmerksam gemacht und den Video-Giganten angeprangert hat, war der Blogger James Bridle. Er schrieb auf «medium.com»: «Jemand oder etwas nutzte YouTube, «um Kinder systematisch zu ängstigen, traumatisieren und missbrauchen.» Eine Lösung für das Problem kenne er nicht: «Wir haben eine Welt geschaffen, in der menschliche Aufsicht einfach unmöglich ist.» Vom Skandal be-

troffen ist nicht nur YouTube, sondern auch dessen App «YouTube Kids». 2015 in den USA gestartet, ist die App inzwischen in 37 Ländern und acht Sprachen erhältlich. Weltweit wird sie von mehr als elf Millionen Usern genutzt. YouTube Kids hat Zugriff auf sämtliche Videos der Mutterplattform YouTube.

Berichten von «BBC» und «New York Times» zufolge erhielten die verstörenden Videos bisher vor allem in den USA grössere Aufmerksamkeit, sind aber nicht regional begrenzt, da die meisten Beiträge ohne Sprache, dafür mit fröhlicher Hintergrundmusik und Geräuschen funktionieren.

Harmloser Anfang mit perfidem Ende

Viele Videos beginnen harmlos, doch dann wird es perfide: Ausgerechnet inmitten der Fantasiewelt ihrer Helden stossen Zwei- bis Fünfjährige auf blutige Inszenierungen, gefälschte Superhelden-Videos mit Sex- und Fäkalenzen, Disneyfiguren beim Suizid, Horrormotive und Gewalt in nachgespielten Filmsequenzen. Diese Flut an Grausamkeiten ist geeignet, die Seelen der Zielgruppe massiv zu verstören. Betroffen sind Kanäle, die zu den beliebtesten Quellen für Kinderinhalte überhaupt zählen. Die Produzenten des gefälschten und zum Teil offenbar automatisch generierten Filmmaterials sind unbekannt, sie agieren ohne Rücksicht auf den psy-



YouTube wird von üblen Trash-Videos zugemüllt. Ein häufig gewähltes Objekt ist nicht nur Spiderman, sondern insbesondere Disney-Prinzessin Elsa (r.). Der Skandal wurde nach ihr benannt. Bild: pd

chischen Schaden, den ihre Machwerke anrichten.

Viele Spuren führen offenbar nach Osteuropa. Das Motiv der Fälscher: Klicks – und damit Einnahmen. Ab 10 000 Abrufen schaltet YouTube Werbung, die den Urhebern Geld bringt. Einzelne der Videos wurden bis zu 50 Millionen Mal angeklickt.

Dazu einige Beispiele: Ein Video zeigt die beliebten tierischen Helfer aus der Animationsserie «Paw Patrol», wie sie sich von einem Hausdach stürzen. In mehreren Videos sind Kinder leicht

bekleidet an Poledance-Stangen zu sehen. In anderen Filmen malträtierten verkleidete Erwachsene als «Ärzte» Kinder mit Spritzen. Ein anderes mit 50 Millionen Views zeigt, wie ein Kind ein anderes mit einem Rasierer verletzt.

Flut an Videomaterial kaum zu steuern

YouTube versucht den Schaden zu minimieren, indem die Videoplattform, deren Wert auf 75 Millionen Dollar geschätzt wird, die Richtlinien verschärft. Zudem hat der Anbieter mittlerweile 50 Ka-

näle sowie Tausende Fake-Beiträge gelöscht. Darüber hinaus kündigt die Muttergesellschaft «Google» an, strengere Richtlinien für die Betreiber von Kanälen zu schaffen und die Kontrolle durch menschliche Mitarbeiter zu erhöhen. Kein leichtes Unterfangen, denn pro Minute werden 400 Stunden neues Videomaterial auf YouTube hochgeladen.

Malik Ducard, bei YouTube zuständig für familienfreundliche Inhalte, sagte gegenüber der «New York Times», die obszönen Videos seien eine «extrem

kleine Nadel im Heuhaufen.» Ducard verwies auf die Möglichkeiten, die Eltern hätten, um den Kanal für ihre Kinder zu personalisieren: Kanäle könnten blockiert, die Nutzerzeit eingestellt und bestimmte Suchergebnisse ausgeblendet werden. Sie könnten zudem unangebrachte Videos melden. Diese würden dann manuell geprüft. YouTube würde fortan täglich mit dem Löschen von nicht kindgerechten Inhalten fortfahren.

Keine Software, sondern Eltern gefragt

Der Konzern ruft User angesichts der gigantischen Masse dazu auf, entsprechende Inhalte zu kennzeichnen – sie unterliegen anschliessend automatisch einer Altersbegrenzung. Doch die Flut ist offenbar kaum zu steuern. Die Software ist ausserstande, Fälschungen von Originalen zu unterscheiden. So ist die zuckersüsse Disney-Prinzessin Elsa aus «Die Eiskönigin», dem erfolgreichsten Animationsfilm der Geschichte, ein häufiges Objekt in gewalttätigen Videos. Der Skandal ist nach ihr benannt: «Elsagate». Er könnte sich zur grössten Jugendschutz-Affäre auswachsen, die YouTube je erlebt hat.

Am Ende aber kann es keine optimierte Software allein sein, die Kinder vor schrecklichen Inhalten schützt, sondern Erwachsene, die sich für das interessieren, was ihre Kinder im Netz treiben.